

434 Millionen Mark im Jahre 1912 — 449 Millionen Mark, im Jahre 1913 — 457 Millionen Mark.

Die Erschöpfung des Invalidenfonds im Jahre 1912 erfordert eine jährliche Einstellung von 30 Millionen Mark. Der Ausfall aus der Ermäßigung der Zuckersteuer wird auf 35 Millionen M.; aus dem Wegfall der Fahrkartensteuer, sowie aus der Ermäßigung des Ortsportos auf 22 Millionen M. veranschlagt und berechnet.

Dies Gesamterfordernis an neuen Mitteln bedingt natürlich die Erschließung von ergiebigen neuen bzw. erweiterten Einnahmequellen, als welche überwiegend nur Steuern in Frage kommen, da das Reich (wie wir wissen und wie Ihnen ein Blick auf die Zusammenstellung der Einnahmequellen des Reichs zeigt) aus eigenen Unternehmungen wirtschaftlicher Art nur geringe Einnahmen bezieht. Es sind das die Post-, Telegraphen- und die Eisenbahnverwaltung, sowie die Reichsdruckerei mit zusammen höchstens 110 Millionen M. jährlich.

Was für Steuern und Erhöhungen bringen uns nun die Vorlagen?

1. Das Zwischenhandelsmonopol für den Branntwein.
2. Erhöhungen der Besteuerung des Nikotins im Tabak und seinen Fabrikaten.
3. Erhöhung der Besteuerung des Alkohols im Biere.
4. Die Besteuerung des Flaschenweins mit Erhöhung der Sektsteuer.
5. Die Nachlaßsteuer mit Aenderung der Erbschaftssteuer. Die Wehrsteuer.
6. Eine Elektrizitäts- und Gassteuer.
7. Eine Anzeigen- und Plakatsteuer.

Alle diese Steuern sollen dem Reiche eine jährliche Einnahme von über 450 Millionen M. bringen.

Neben den Steuern soll eingeführt werden die Beerbung von solchen Erblässern durch das Reich, bei denen gesetzliche Blutserben nach dem zu ändernden bürgerlichen Rechte nicht vorhanden sind. Der jährliche Vermögensanfall aus diesem neuen Gesetze wird im ganzen auf 25 Millionen M. geschätzt, wovon 19 Millionen M. an das Reich, der Rest von 6 Millionen M. an die Bundesstaaten fallen soll.

Im übrigen kann ich auf den Inhalt der Vorlagen, nur kurz eingehen.

1. Zum Branntweinmonopol wäre zu sagen, daß es dem Reiche zwar die erwünschten Einnahmen bringen wird; mir persönlich wäre eine einheitliche gleichmäßige Fabrikatsteuer lieber gewesen, weil eine fachmännische Durchführung des Zwischenhandels für die Beamtenschaft zu viel kauf-